

DEUTSCHER BUNDESTAG 17. Wahlperiode, Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Öffentliche Anhörung zum Thema „Waldstrategie“

Mittwoch, dem 08.02.2012, 08:00 bis 10:00 Uhr

Greenpeace Stellungnahme

Vorbemerkung zum Fragenkatalog

1992 wurde in Rio de Janeiro auf dem Umweltgipfel der Vereinten Nationen die Konvention über biologische Vielfalt (CBD)¹ von über 180 Ländern, darunter Deutschland und die Europäische Union, unterzeichnet. In Besorgnis darüber, dass die biologische Vielfalt durch bestimmte menschliche Tätigkeiten erheblich verringert wird,² wurden als Ziele der Konvention in Artikel 1 formuliert:

„Die Ziele dieses Übereinkommens (...) sind die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus der Nutzung der genetischen Ressourcen ergebenden Vorteile [...].“³

Erst 2007, 15 Jahre nach Rio, hat das Bundeskabinett der großen Koalition von CDU/CSU und SPD die Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt⁴ als Umsetzung der Konvention über biologische Vielfalt (CBD) einstimmig beschlossen. Darin sind die folgenden walddrelevanten Ziele formuliert worden:

*„Natürliche Entwicklung auf 10 % der Waldfläche der öffentlichen Hand bis 2020.“⁵
„2020 beträgt der Flächenanteil der Wälder mit natürlicher Waldentwicklung 5 % der Waldfläche.“⁶*

*„Erhaltung und Entwicklung der natürlichen und naturnahen Waldgesellschaften.“⁷
„Für bestimmte Biotoptypen (z.B. Biotope des Wattenmeers, Buchenwälder) hat Deutschland eine besondere internationale Verantwortung, da diese Biotoptypen bei uns ihren Verbreitungsschwerpunkt haben.“⁸*

¹ Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) <http://www.cbd.int/doc/legal/cbd-en.pdf>

² http://www.biodiv-chm.de/konvention/F1052472545/HTML_Page1049896418

³ http://www.biodiv-chm.de/konvention/F1052472545/HTML_Page1049896418

⁴ http://www.bmu.de/naturschutz_biologische_vielfalt/downloads/doc/40333.php

⁵ S.45 NBS

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere_biolog_vielfalt_strategie_bf.pdf

⁶ S.31 NBS

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere_biolog_vielfalt_strategie_bf.pdf

⁷ S.32 NBS

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere_biolog_vielfalt_strategie_bf.pdf

⁸ S.29 NBS

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere_biolog_vielfalt_strategie_bf.pdf

„Entwicklung einer Strategie von Bund und Ländern zur vorbildlichen Berücksichtigung der Biodiversitätsbelange für alle Wälder im Besitz der öffentlichen Hand bis 2010 und ihre Umsetzung bis 2020.“⁹

„Der Anteil nicht standortheimischer Baumarten reduziert sich kontinuierlich.“¹⁰

„Bis zum Jahr 2020 hat sich die natürliche Speicherkapazität für CO₂ der Landlebensräume (z.B. durch Wiedervernässung und Renaturierung von Mooren und durch die Zunahme naturnaher Wälder) um 10 % erhöht.“¹¹

Im Jahre 2010 hatten sowohl die internationale Staatengemeinschaft als auch die Europäische Union festgestellt, dass sie den dramatischen Verlust an biologischer Vielfalt bisher nicht aufhalten konnten. So wurde auf der 10. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über biologische Vielfalt nach Aussagen von Bundesumweltminister Röttgen folgendes beschlossen:

„Bis 2020 sollen alle Staaten wirksame Maßnahmen ergriffen haben, um den Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen.“¹²

Im Oktober 2010 wurde ein gemeinsamer Antrag der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis90/Die Grünen einstimmig¹³, der auf den Beschlüssen des Europäischen Rates vom März 2010 basiert: Das Artensterben muss bis 2020 gestoppt werden. Der Beschluss bezieht sich in Absatz 5 auf die Umsetzung in Deutschland:

5. auf nationaler Ebene die Umsetzung von Maßnahmen zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt konsequent und mit höchster Priorität voranzutreiben. Das beinhaltet insbesondere

a) die konsequente Umsetzung der bestehenden nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt durch konkrete Ziele und Maßnahmen und die Verankerung des Biodiversitätsschutzes als Querschnittsaufgabe in allen relevanten Ministerien und Bundesoberbehörden,

b) die Prüfung bestehender und Ausgestaltung zukünftiger Gesetze und Strategien (unter anderem Nachhaltigkeitsstrategie, Klimaanpassung, Biomasse Aktionsplan, Waldstrategie) auf die Vereinbarkeit mit der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt sowie mit den Maßnahmen gegen den Klimawandel, um Kohärenz sicherzustellen, [...]

Die Waldstrategie 2020, die von Bundesforstministerin Ilse Aigner 2011 vorgelegt wurde, ist mit den waldrelevanten Zielen der Biodiversitätsstrategie nicht vereinbar. Im Gegenteil, die Waldstrategie 2011 führt mit dem Ziel, weit über 100 Mio. m³ Holz aus den Wäldern in Deutschland herauszuholen, die deutsche Forstwirtschaft weg von der ‚Nachhaltigkeit‘. Die besondere internationale Verantwortung Deutschlands für den Schutz der alten Buchenwälder, für die Deutschland von Natur aus 25% des Weltareals darstellen würde, wird in der Waldstrategie mit keinem Wort erwähnt. Der in der Wald-

⁹ S.32 NBS

¹⁰ http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere_biolog_vielfalt_strategie_bf.pdf

S.31 NBS

¹¹ http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere_biolog_vielfalt_strategie_bf.pdf

S.56 NBS

¹² http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere_biolog_vielfalt_strategie_bf.pdf

¹³ http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/46651.php

Bundestagsdrucksache 17/3199 vom 6.10.2010 Biologische Vielfalt für künftige Generationen bewahren und die natürlichen Lebensgrundlagen sichern. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/031/1703199.pdf>

strategie 2020 beschriebene Weg würde zudem dazu führen, dass die deutsche Forstwirtschaft mitverantwortlich für den globalen Klimawandel wird. Denn der Wald in Deutschland ist aktuell keine Senke für CO₂ mehr, sondern entwickelt sich durch weitere Übernutzung zur CO₂-Quelle.

Weder die internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik zum globalen Klimaschutz noch diejenigen zum Biodiversitätsschutz werden in der Waldstrategie 2020 ausreichend adressiert. In ihrer jetzigen Form stellt sie eine für die Holzindustrie maßgeschneiderte Strategie dar, die ihre sektoralen Interessen durchsetzen will ohne Berücksichtigung der übergeordneten Verpflichtungen Deutschlands beim Klima- und Biodiversitätsschutz. Deshalb lehnt Greenpeace die Waldstrategie in ihrer vorliegenden Form ab und fordert den Deutschen Bundestag auf, eine neue, partizipative Waldstrategie gemäß den Verpflichtungen der Klima- und Biodiversitätskonvention und auf Basis der walddrelevanten Ziele der Biodiversitätsstrategie neu zu erarbeiten.

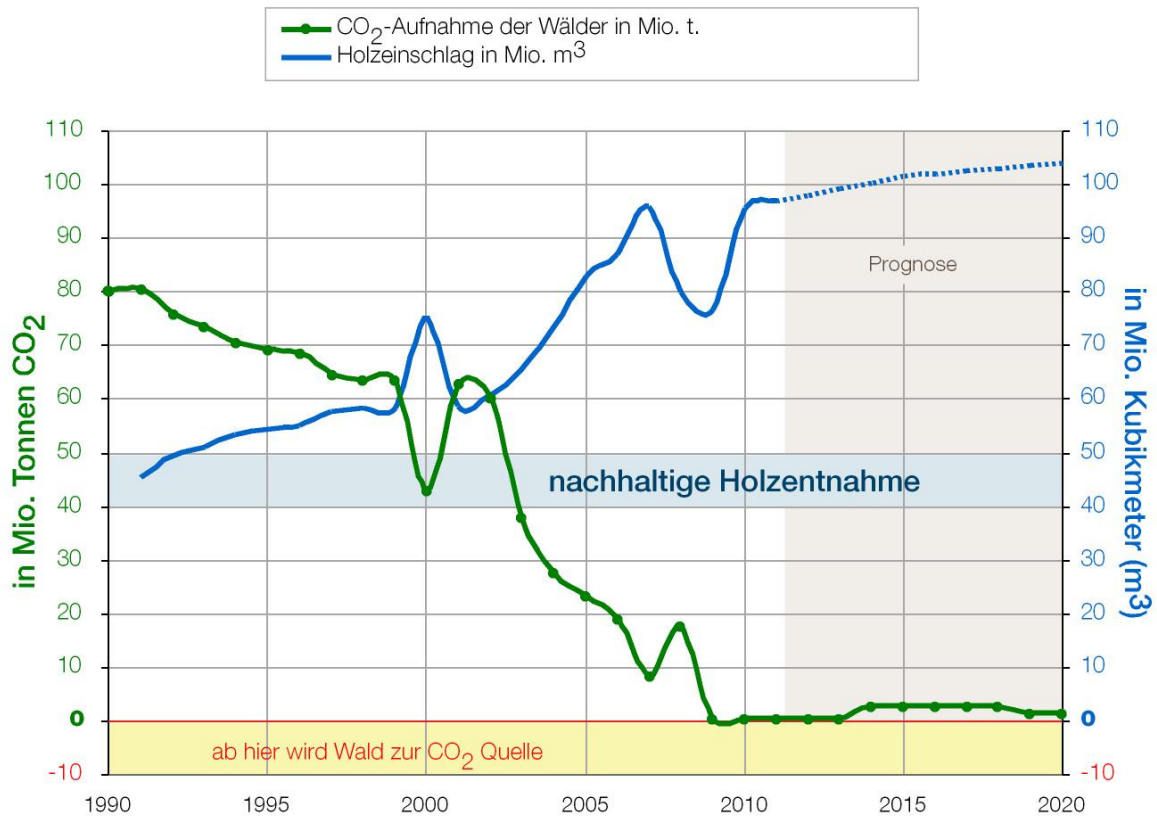
Die folgenden forstpolitischen Fragen werden nicht in Bezug auf die Waldstrategie 2020 beantwortet, sondern in Bezug auf die walddrelevanten Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie.

Fragenkatalog

1 In der umweltfreundlichen, nachhaltigen Bewirtschaftung unseres Waldes, wie sie in der Waldstrategie 2020 der Bundesregierung beschrieben ist, hat Deutschland Vorbildfunktion. Dies sollten wir vor dem Hintergrund eines weltweiten Urwaldverlustes von rund 13 Mio. ha, wovon die Hälfte als Wald auf Dauer verloren geht, dazu nutzen, nur noch Holz aus legalem Einschlag zu verwenden. Stimmen Sie in diesen Punkten zu?

Die Waldstrategie 2020 beschreibt keine umweltfreundliche, nachhaltige Bewirtschaftung und hat damit keine Vorbildfunktion. Die Forstwirtschaft in Deutschland hat durch die Intensivierung der Holznutzung in den letzten 20 Jahren ihre Nachhaltigkeit verloren. Im Jahre 2011 ist der Wald in Deutschland keine Senke für das Treibhausgas CO₂ mehr. Noch 1990 waren die Wälder in Deutschland eine Senke von damals ca. 7 Prozent der Treibhausgase (s. Grafik).

CO₂-Aufnahme der Wälder in Deutschland sinkt dramatisch



Greenpeace; Quelle: Krug J., Köhl M. Bedeutung der deutschen Forstwirtschaft in der Klimapolitik. AFZ-DerWald. 17/2010, S.30
The United Nations Climate Change Conference, Durban; Germany. Report of the technical assessment of the forest management reference level submission of Germany submitted in 2011.

Zudem sind in Deutschland nur etwa 1 Prozent der Wälder aus der forstlichen Nutzung genommen und der Natur und den Menschen zurückgegeben. Das ist im internationalen Vergleich weder akzeptabel noch nachhaltig. Insbesondere bei der internationalen Verantwortung Deutschlands für den Schutz der alten Buchenwälder, die durch die UNESCO mit der Anerkennung von fünf Waldgebieten hervorgehoben wurde, besteht großer Nachholbedarf in Deutschland. Nur 2-3 Prozent der Wälder in Deutschland sind älter als 140 Jahre bei einer Gesamtlebensdauer der Buche von 300-500 Jahren.

Die Nutzung von Holz aus legalen Quellen sollte eine Selbstverständlichkeit für Holzhandel und Holzindustrie sein, ist es aber leider nicht. So ist es dem internationalen Holzhandel sowie der Holzindustrie gelungen, wirkungsvolle Gesetze zur Bestrafung des Handels mit Holz- und Papier-Produkten aus illegalen Quellen nach Deutschland und innerhalb der EU bis heute zu verhindern.

2 Teilen Sie die Auffassung, dass es falsch wäre, weitere Flächen stillzulegen und aus der Holzproduktion zu entnehmen und sogar klimaverträglichere, schneller wachsende, sicherere Baumarten, wie die Douglasie und die Küstentanne als Fichtenersatz im Laubholzmischbestand zu verwenden? Dies ist vor dem Hintergrund zu betrachten, dass für das Jahr 2020 ein Holzfehlbedarf für Deutschland von 30 Mio. m³ und für die EU von 400 Mio. m³ prognostiziert ist. Auch ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass Wissenschaftler und Experten, für einen naturnah bewirtschafteten Wald mit einem entsprechenden Totholzanteil mehr Artenvielfalt festgestellt haben, als in einem stillgelegten Wald.

Greenpeace setzt sich für eine ökologische Waldwirtschaft auf 90 Prozent der Waldfläche in Deutschland ein. Diese muss vor allem für den öffentlichen Wald konsequent auf Klima- und Biodiversitätsschutz sowie die Gemeinwohlfunktionen von Wäldern für die Gesellschaft ausgerichtet sein. Daran muss sich die Holznutzung orientieren und

nicht an Holzbedarfsberechnungen der Holzindustrie, die in erster Linie an wachsenden Absatzmärkten und Gewinnen und nicht am Gemeinwohl orientiert ist.

Angesichts der oben genannten Beschlüsse von Bundesregierung und Bundestag besteht die Verpflichtung (hier handelt es sich also nicht nur um eine 'Auffassung'), zehn Prozent des öffentlichen Waldes nicht mehr forstlich zu nutzen, sondern der Natur als Entwicklungsraum zu überlassen, und die 90% verbleibender Wirtschaftswälder ökologisch zu bewirtschaften und den Menschen damit vermehrt Erholungs- und Lerngelegenheiten zu bieten. Die zügige Umsetzung dieser Beschlüsse fordert Greenpeace eindringlich und fordert bis zu deren vollständigen Umsetzung den sofortigen Einschlagstopp für über 140 jährige Buchenbestände in denjenigen öffentlichen Wäldern, die bisher keine zehn Prozent aus der forstlichen Nutzung genommen haben.

Integrative Naturschutzkonzepte auf 90 Prozent der Waldfläche Deutschlands sollten insbesondere für den öffentlichen Wald eine Selbstverständlichkeit sein, werden aber durch den seit 1990 mehr als verdoppelten Hiebssatz massiv gefährdet.

Das Experimentieren mit Baumarten hat sich im Laufe der Forstgeschichte noch nie bewährt. Nicht standortheimische Kiefern und Fichten auf über der Hälfte der Waldfläche bescheren uns noch heute massive ökologische Probleme. Das Einbringen von Lärche, Douglasie und Roteiche hat gezeigt, dass diese zur Standortverschlechterung führen und eine ökologische Anpassung bis heute nicht erfolgt ist. Ein weiteres Experimentieren ist deshalb zu unterlassen. Vielmehr sollte der ökologische Waldumbau mit den bewährten standortheimischen Laubbaumarten erfolgen. Die ‚Mischung von Bäumen‘ darf nicht als Ziel forstlichen Handelns festgelegt werden, da dies ein Entfernen der Wälder von ihrer natürlichen Waldgesellschaft bedeuten könnte. Das aktive Einbringen von Pflanzen - wie Douglasie und Küstentanne - hat in den Wäldern – insbesondere den öffentlichen – nichts verloren.

3 Halten Sie die wirtschaftliche Bedeutung unserer Forst- und Holzwirtschaft ebenfalls für unterbewertet – vor dem Hintergrund, von 160.000 privaten, staatlichen und kommunalen Betrieben, sowie 2 Mio. privaten Waldbesitzern, 168 Mrd. € Umsatz des Cluster Forst und Holz, sowie 1,2 Mio. Beschäftigten, wobei 100 m³ Holz in der Wertschöpfungskette einen Beschäftigten ausmachen, und gilt diese Unterbewertung Ihrer Auffassung nach ebenfalls für die Ökologie und den Klimaschutz? Immerhin werden durch 1 kg Holz 2 kg CO₂ der Atmosphäre entnommen und gebunden.

Die Beschäftigtenzahlen im Waldbereich haben laut Statistischem Bundesamt in den letzten 20 Jahren kontinuierlich abgenommen. Durch die Externalisierung betriebseigener Aufgaben im öffentlichen Wald wurde der betriebswirtschaftliche Druck zu Lasten von Ökologie und Gemeinwohl immer größer. Dies ist eine bedenkliche Entwicklung.

Die forstpolitische Entwicklung mit einer immer weiter gesteigerten Holznutzung (siehe oben) sollte keine staatliche Förderung mehr erhalten. Vielmehr sollte eine konsequent auf Klima- und Biodiversitätsschutz ausgerichtete Forstwirtschaft mit Vorratssteigerung Anteil an den Erlösen aus dem CO₂-Zertifikathandel erhalten. Eine Verknappung des Rohstoffs Holz würde auch zu besseren Preisen für die Waldbesitzer führen.

4 Die Waldstrategie 2020 sieht eine Steigerung der Kaskadennutzung als sinnvoll an. Zunächst wird die umweltfreundlich erzeugte Biomasse Holz als Rohstoff eingesetzt, beispielsweise beim Hausbau oder der Modernisierung. Holz ist Kohlendioxid bindend und multifunktional einsetzbar. Außerdem ist der Energieeinsatz durch intelligente Systembauweise mit Holz um bis zu 90 % absenkbar. Auch der energetische, wohnortnahe Einsatz der Biomasse Holz ist sinnvoll. Welche Einsatzbereiche für Holz sehen Sie sinnvollerweise mit welchen Anteilen und wie sehen Sie die Mengenverteilung und die Bedarfsbefriedigung? Bitte be-

trachten Sie dies auch vor dem Hintergrund eines Zuwachses und damit einer nachhaltigen Entnahme von 11,1 Vorratsfestmetern je Jahr und ha.

Die Kaskadennutzung des wertvollen Rohstoffs Holz muss im Rahmen der unter Frage 2 angemerkten Gesamtnutzung die Zukunft sein. Die sofortige energetische Nutzung von Holz darf deshalb nicht mehr gefördert werden.

5 Vor dem Hintergrund eines Miteinanders von Wald und Wild sieht die Waldstrategie 2020 vor, die Wildbestände so zu regulieren, dass eine natürliche Verjüngung aller Hauptbaumarten ohne Zaun möglich wird und die Abschlusspläne auch im Hinblick auf das Management der Schalenwildpopulation an die regionalen/örtlichen Gegebenheiten anzupassen. Welche Möglichkeit sehen Sie, dieses Ziel zeitnah umzusetzen?

Die natürliche Verjüngung aller Baumarten ohne Zaun ist eine Verpflichtung, um die Biodiversität in unseren Wäldern auf ganzer Fläche zu schützen. Das bisherige Versagen der bundespolitischen Organe bei einer dringend notwendigen Reform des Bundesjagdgesetzes ist gesellschaftspolitisch nicht mehr zu akzeptieren. Das Treiben einer kleinen Lobby von Trophäenjägern geht zu Lasten des Gemeinwohls, des Tier-schutzes, des Klimaschutzes und des Biodiversitätsschutzes. Eine grundlegende Reform des Bundesjagdgesetzes, dessen Grundzüge immer noch auf die 30er Jahre zurückgehen, sollte sofort vom Deutschen Bundestag angegangen werden.

6 Kann die wachsende Lücke zwischen der zunehmenden Nachfrage nach Nadelholz und der auch durch den Waldumbau bedingten Verringerung der Nadelholzvorräte nur durch einen verstärkten Import von Nadelholz zur Deckung des Bedarfs geschlossen werden oder benötigen wir neue Optionen für die Nutzung der aufwachsenden Laubholzbestände?

Grundsätzlich sollte die im Lande verwendete Menge an Holz- und Papierprodukten im Einklang mit der im Land produzierten Holzmenge liegen und diese nicht überschreiten. Ansonsten würden wir mit unserem Lebensstil auf Kosten anderer Länder leben. Die Weiterverarbeitung von Holz sollte sich v.a. im öffentlichen Wald daran orientieren, was die ökologische Waldnutzung auf 90 Prozent der Fläche anzubieten hat. Waldbauliche Entscheidungen an der jeweils aktuellen Marktlage auszurichten, ist der falsche Weg.

7 Wie bewerten Sie die in der Waldstrategie dargestellten Herausforderungen des Klimawandels und welche mittel- und langfristigen erforderlichen Waldumbaumaßnahmen halten Sie für erforderlich?

Siehe Vorbemerkung. Zur generellen Frage der Herausforderungen des Klimawandels dient die Orientierung an zehn Prozent forstlich ungenutzter Flächen im öffentlichen Wald als Referenz für den ökologischen Waldbau - insbesondere in Zeiten des Klimawandels. Der Waldumbau naturferner, nicht standortsheimischer Wälder hin zu standortheimischen, natürlichen Laubbaumarten muss mit einem Verbot des aktiven Einbringens nicht standortheimischer Baumarten einhergehen. Durch die Steigerung des Vorrates der Wälder in Deutschland und einer Rückkehr zu einer CO₂-Senkenleistung von ca. 80 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr sollte der Wald in Deutschland einen aktiven Beitrag für Klimaschutz in Deutschland leisten (siehe auch Frage 1).

8 Welche Forschungsschwerpunkte sollten im Hinblick auf das Ziel eines vitalen, standort- und klimaangepassten Waldes gesetzt werden und welche Anteile nichtheimischer Baumarten wie der Douglasie halten Sie hinsichtlich der faunistischen Biodiversität für vertretbar?

Siehe Frage 7.

9 Gibt es nach Ihrer Vorstellung ein Erfordernis, eine bundesweite Regelung zur Regulierung regional zu hoher Wildbestände zu schaffen, und wenn ja, welche, oder reicht das vorhandene Instrumentarium auf Länderebene aus?

Nein, die Instrumentarien auf Länderebene reichen nicht aus. Siehe Frage 5.

10 Halten Sie es angesichts der sehr unterschiedlichen Struktur unserer Wälder (in der norddeutschen Tiefebene, den Mittelgebirgen, Auwäldern an Flussläufen etc.) für sinnvoll, zusätzlich zu den Landesvorschriften zur guten fachlichen Praxis auch auf der Bundesebene Vorschriften zu erlassen und wenn ja, warum?

Ja! Deutschland kann nicht von Entwicklungsländern gesetzliche Regelungen zur guten fachlichen Praxis verlangen, ohne dies selbst ausreichend und national verbindlich zu regeln. Kahlschlag und die Begiftung von Wäldern müssen einheitlich für alle Bundesländer gesetzlich verboten werden, um nur einige Punkte zu nennen.

11 Wie bewerten Sie das Ziel der Bundesregierung, die Holzernte bei Erhalt des Waldes als CO₂-Senke bis maximal zum durchschnittlichen jährlichen Zuwachs bzw. auf Basis des Referenzszenarios der Bundesregierung für die Klimaverhandlungen auf maximal rd. 100 Mio. Vorratsfestmeter pro Jahr zu steigern und wie könnte die Bundesregierung dieses Ziel in der Praxis durchsetzen?

Der Wald ist mit diesem Szenario keine Senke mehr! Das Referenzszenario ist eine ökologische Katastrophe. Siehe Fragen 1 und 7.

12 Wie bewerten Sie das Fehlen von Zielen für den Ausbau der energetischen Nutzung von Holz in der Waldstrategie 2020 und welche Ziele sollte die Bundesregierung für den Ausbau der Holzenergie formulieren?

Im Rahmen eines nachhaltigen Hiebssatzes (siehe Frage 7) sowie in einer Kaskade kann die energetische Nutzung eine Rolle spielen (siehe Frage 4). Vor der Festlegung von Zielen für die energetische Nutzung müsste diese Prioritätensetzung erst sicher gestellt werden.

13 Welche Maßnahmen wären über die wenigen von der Bundesregierung genannten Maßnahmen hinaus notwendig, um die für 2020 prognostizierte Holzlücke von jährlich über 30 Mio. Festmeter zu schließen?

Es gibt keine Holzlücke, sondern nur Unternehmen, die den wertvollen Rohstoff Holz schnell und günstig bekommen wollen. Dies kann keine Planungsgrundlage für eine Bundesregierung sein, die Nachhaltigkeit ernst nimmt.

14 Wie bewerten Sie es, dass die Waldstrategie 2020 die waldbezogenen Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS) zwar formal bestätigt, aber so gut wie keinen Beitrag zur Konkretisierung, Umsetzung bzw. gar Fortentwicklung dieser Ziele leistet?

Siehe Vorbemerkung.

15 Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die verbindliche Festlegung nicht genutzter Waldflächen (NBS: 5 %) mit den wirtschaftlichen Zielen der Waldstrategie 2020, und auf welche Weise sollten die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer für Mindererlöse entschädigt werden?

Die öffentlichen Wälder stehen in Verantwortung für die Ausweisung von zehn Prozent gesetzlich geschützten Waldflächen ohne forstliche Nutzung – insbesondere in alten Buchenwäldern. Privatwaldbesitzern sollte die Möglichkeit und ein finanzieller Ausgleich gewährleistet werden, wenn sie sich an einem Verbundschutz beteiligen wollen.

16 Welche gesetzlichen Änderungen und Maßnahmen sind notwendig, um aus Ihrer Sicht die waldbezogenen Naturschutzziele der NBS zu erreichen; und wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die Aussage der Bundesregierung, dass schon heute hohe Naturschutzstandards auf Bundes- und Länderebene verankert seien?

Die Wald- und Jagdbezogenen Ziele der NBS sollten grundsätzlich gesetzlich verankert werden. Bis heute gibt es weder von Bundes- noch von vielen Landesregierungen eine ehrliche Analyse sowie Karten der forstlich nicht genutzten Wälder. In allen Naturparks und Landschaftsschutzgebieten sowie den meisten Naturschutzgebieten sowie Natura2000-Gebieten findet ordnungsgemäße Forstwirtschaft und somit kein Naturschutz im Sinne des Prozessschutz statt.

17 Welche Maßnahmen halten Sie zur Sicherung öffentlicher Interessen im kleinen als auch im großen Privatwald für notwendig, um sowohl das Ziel einer guten Holzversorgung als auch die Ziele des Waldnaturschutzes zu erreichen?

Siehe Fragen oben.

18 Wie ist wald- und naturschutzpolitisch mit dem Umstand umzugehen, dass die flächendeckend eingeführten privatisierten Rechtsformen der öffentlichen Waldbewirtschaftung unter dem Zwang der Überschusserwirtschaftung stehen und Naturschutzziele nur in dem Maße nachkommen können, wie ihnen von den Geld gebenden Länderparlamenten dieses in Form von Zuweisungen für Gemeinwohlleitungen abgegolten wird?

Wie die Wiedereinführung von staatlichen Einheitsforstämtern durch die Regierung im Saarland zeigt, haben sich die privatisierten Rechtsformen für die Bewirtschaftung der Bürgerwälder als Irrweg erwiesen. Der hohe ökonomische Druck und die geringe parlamentarische Rolle drängt die originären Aufgaben der öffentlichen Wälder in den Hintergrund und wird dadurch zu einer Belastung für Klima- und Biodiversitätsschutz sowie für die Gemeinwohl – und Erholungsfunktion der Menschen.

19 Wie bewerten Sie die Aussichten und das Ziel der Bundesregierung, durch die Anlage von Kurzumtriebsplantagen (KUP) außerhalb des Waldes vergleichsweise schnell (in 3 bis 10 Jahren) einen flankierenden Beitrag zur Verbesserung der Holzversorgung insbesondere für die energetische Verwendung zu leisten und wie viel Hektar KUPs und Festmeter Holz halten Sie für erreichbar?

KUP's haben mit Wald nichts zu tun. Landwirtschaftliche Produktionsflächen sollten primär der Lebensmittelproduktion zur Verfügung stehen

20 Wie bewerten Sie das vollständige Fehlen von konkreten Maßnahmen im Bereich der Jagdpolitik und des Jagdrechts aus dem Blickwinkel der Waldpolitik und insbesondere die Tatsache, dass sich die Waldstrategie der Bundesregierung jagdpolitisch zu einer natürlichen Verjüngung aller Hauptbaumarten ohne Zaun bekennt, jedoch über die Nebenbaumarten hinwegsieht?

Siehe Frage 5

21 Welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind aus Ihrer Sicht erforderlich, um eine strategische Partnerschaft zwischen Waldeigentümer/innen, Waldnutzer/innen, Jägerschaft und Landwirtschaft in den Regionen mit dem Ziel der Erreichung waldverträglicher Schalenwildbestände zu sichern?

Siehe Frage 5

22 Wie bewerten Sie die Wirksamkeit der Aussagen und Ziele Bundesregierung im Hinblick auf die Verbesserung der Betreuung des Privatwaldes durch die Landesforstverwaltungen?

23 Wie bewerten Sie die konkreten Umsetzungschancen des Zieles, ein Mindestmaß an forstlich ausgebildetem Forstpersonal vor allem im öffentlichen Wald sicherzustellen, vor allem in Bezug auf die Tatsache, dass die Personalhoheit gänzlich in der Hand der Arbeitgeber (Länder, Kommunen) liegt und im Zusammenhang mit dem formulierten Ziel, die Betreuung der forstlichen Zusammenschlüsse und die Kleinprivatwaldbetreuung durch ausreichendes Forstpersonal zu stärken?

Qualifiziertes Forstpersonal der öffentlichen Waldbesitzer mit einer profunden ökologischen, umweltpolitischen und sozialen Kompetenz sollte eines der höchsten Ziele sein bzw. wieder werden. Dieses sollte ergänzt werden durch Spezialisten/innen aus angrenzenden Fachgebieten, die durch die forstliche Ausbildung nicht abgedeckt werden können. Insbesondere ist es wichtig, den Stamm an gut ausgebildeten Waldarbeitern/innen zu halten und wieder auszubauen. Denn eine ökologische Waldbewirtschaftung braucht hochqualifizierte Arbeiter/innen mit Ortskenntnissen.

24 Welche Änderungen an den Fördermaßnahmen des Wald-Klima-Fonds und der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) sollten zur Umsetzung der Ziele der Waldstrategie 2020 aus Ihrer Sicht vorgenommen werden?

Siehe Vorbemerkung. Zur Frage des Wald-Klima-Fonds ist es wichtig, dass er nicht ein Marketinginstrument für ‚ordnungsgemäße Forstwirtschaft‘ wird, die nicht nachhaltig ist. Die Förderung durch Steuergelder muss streng an gesellschaftlichen Zielen des Klimaschutzes (Prozessschutzflächen, Vorratssteigerung, Waldmoorerhaltung bzw. -renaturierung) orientiert werden. Deshalb sollte der Wald-Klima-Fonds beim Bundesumweltministerium angesiedelt werden, das die Kohärenz der geförderten Maßnahmen mit dem übergeordneten Klimaschutzziel der Bundesrepublik Deutschland jederzeit überprüfen und sicherstellen muss.

25 Wie bewerten Sie die Aussagekraft der Waldstrategie 2020 im Hinblick auf Umsetzung und Akzeptanz der Waldumweltmaßnahmen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik und deren Weiterentwicklung nach 2013?

Siehe Vorbemerkung

Berlin, den 8. Februar 2020

***Martin Kaiser
Klima- und Waldexperte***